

Warum 1998 nicht 1848 gleicht oder Wandel im Schweizerstaat : unwahrscheinlich und unnötig

Autor(en): **Kappeler, Beat**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schriftenreihe = Collection / Forum Helveticum**

Band (Jahr): **8 (1998)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-833010>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

WARUM 1998 NICHT 1848 GLEICHT ODER WANDEL IM SCHWEIZERSTAAT: UNWAHRSCHEINLICH UND UNNÖTIG

Beat Kappeler

Wie wandeln sich Staaten? Diese Frage ist recht spannend, wenn sie in einem Moment gestellt wird, da die Schweiz die Wandlung von 1848 feiert und gleichzeitig weitherum ein Unbehagen herrscht, dass 1998 sich gar nichts mehr wandeln lässt. Woher die Rettung, woher ein Anstoss?

Die Verelendungsthese ist schnell zur Hand – es geht uns eben noch viel zu gut, wenn die Not dann wirklich da ist, dann wird sich die Schweiz auch weiterentwickeln, sagen diese bürgerlichen Neomarxisten. Das kann ein Weg sein, doch wie die Zwischenkriegszeit zeigte, ist der Vektor des Wandels offen – Wandel und Umsturz nach rechts (Deutsches Reich) oder nach links (Volksfront in Frankreich) sind möglich.

Etwas fruchtbarer ist vielleicht die Überlegung, dass es für einen Aufbruch und eine Staats- wie Regierungsreform drei Elemente braucht: eine Gruppe von Ideen, eine daran vital interessierte, grössere Volksschicht und eine Personengruppe, welche die Ideen und Interessen verkörpert und vorantreibt. Es scheint, dass es an einigen dieser Elemente in der Schweiz von heute gebricht.

Die Ideen

In den grössern Fragen der Gegenwart und Zukunft ist die Schweiz ziemlich halb-halb gespalten, wie die Abstimmungen der letzten Jahre zeigten, und eine Debatte über den weitem Weg gibt es kaum. Die Integration in die übernationalen Gremien der sich leise anbahnenden Weltregierung hat nur in den Finanzorganen (Weltbank, Weltwährungsfonds) stattgefunden, und in den spezialisierten Organisationen der UNO-Familie, doch nicht in der UNO selbst, und sogar Blauhelme hat das Land abgelehnt. Vor allem aber drückt sich das Land (die Regierung, das Parlament, die Wirtschaft, die Kulturschaffenden) um eine klare Haltung zum anlaufenden europäischen Kontinentalstaat EU. Mitzumachen, die unmöglichen bilateralen Verhandlungen weiterzuversuchen, als unabhängiger, liberaler, kleiner Minimal-State die Entwicklung des nächsten Jahrhunderts vorauszunehmen – das sind Optionen. Aber alle Kreise scheinen fatalistisch nur einfach zuzuwarten.

Die Verfassungsrevision ihrerseits wirkt ausserordentlich künstlich, es ist ein widerspruchreiches Unterfangen, eine Verfassung zu erneuern mit der ausdrücklichen Vorgabe, nichts Ernsthaftes zu verändern.

Wie wenig sich die heutige Schweiz ihrer selbst bewusst ist, erfuhr die Welt in der Affaire um die auf Schweizer Banken deponierten Vermögen des zweiten Weltkriegs. Während die jüngern und im mittleren Alter stehenden Historiker, Journalisten, Lehrenden diese Vergangenheit ausreichend aufgearbeitet und dokumentiert hatten (bis in Mittelschul-Lehrbücher der Achtzigerjahre schon), reagierte die Führungsschicht, als ob sie diese zum ersten Mal ansehen müsste. In den zwanzig Jahren zuvor hatte die altliberale, bürgerliche Schweiz der Banken und der Nicht-Integration sich vor der ganzen internationalen Umwelt auszählen lassen müssen, weil diese in Kategorien des "sozialdemokratischen Zeitalters" (Dahrendorf) dachte, im Verteilungs- und Solidaritätsparadigma. Daraus ergaben sich Kritiken von innen und aussen, die gängig wurden und nicht weiter bewiesen werden mussten, was auch der internationale Widerhall der unqualifizierbaren Schriften Jean Zieglers belegt. Heute aber ist die tonangebende angelsächsische Welt zu den liberalen Tugenden der damaligen Schweiz zurückgekehrt und es wäre leichter gewesen, sich für die Vergangenheit offensiv mit Freiheitswillen, trotzigem Liberalismus und Eigeninteresse zu erklären. Doch die offizielle Schweiz wählte, mit wiederum traditioneller Ungleichzeitigkeit die Paradigmata der Schuld, der eifrigen Solidaritätsbekundung (Goldvergabe der Nationalbank durch die Regierung), der Verteilung (Wiedergutmachungs-Fonds aller Art).

Die Schweiz hat also kein Bewusstsein ihrer selbst bezüglich der Staatlichkeit, der Suprastaatlichkeit und der Gesellschaftsidee, der sie folgen will. Element eins des Wandels fehlt.

Mobilisierungsfähige Schichten

Das zweite Element, eine mehrheitsfähige Volksschicht, welche ein vitales Eigeninteresse gegen die herrschenden Zustände geltend machen müsste und könnte, fehlt wohl ebenfalls. Die Globalisierungsverlierer haben einige Referendums kämpfe um Arbeitsrecht und Arbeitslosenversicherung gewonnen, stellen aber keine Mehrheit im Lande. Das Proletariat besteht zur Hauptsache aus nicht-stimmfähigen Ausländern, welche überdies ihr Aufstiegsinteresse ohne Regeln eher besser und schneller verfolgen könnten als mit den Verrechtlichungen, welche den Arbeitsmarkt, die Sozialversicherungen, die Berufsstände, den Gewerbezutritt charakterisieren. Die Modernisierungsverlierer organisieren sich ebenfalls nur als Bremsende gegen EU und UNO, haben aber keinen innenpolitischen New Deal anzubieten. Im Gegenteil, jeder solche Entwurf einer andern Verteilung müsste diese Koalition von Bauern, Gewerblern, Kartellisten und Rentnern sprengen. Die Mittelschicht steigt vielleicht ab, wegen der Einkommensstagnation und den abzubauenen Mittelbaufunktionen in den Firmen, welche durch neue Arbeitsorganisationen und Steuerungstechnik wahrgenommen werden. Auch der überschuldete Staat wird Personal abbauen, Löhne kürzen. Aber dies macht keine neue Schicht aus,

sondern eine Schicht löst sich in verschiedene Richtungen auf, nach oben, nach unten, in die Resignation. Die Politik wird ihr verschiedene, relativ teure Sicherungen anbieten (Landwirtschafts-Direktzahlungen, Arbeitslosenversicherung, Frühverrentung, Steuersenkungen).

Man darf erwarten, dass die steigende Verankerung der vielen Einwanderer und Asylbewerber der Achtziger- und Neunzigerjahre und ihre Kinder sich im Lande einrichten werden und wie in den USA neue Identitäten, eher solche der Lebenswelt als der schweizerischen Staatlichkeit, einbringen werden, und dass sie Bande nach allen andern Weltgegenden aufrechterhalten werden. Mit der technischen und kulturellen Dominanz der Angelsachsen über kulturelle Lebens- und Ausdrucksformen in der Schweiz ergibt sich die Erwartung, dass kaum mehr Schichten mit klarer äusserer und innerlicher Definition zu sehen sein werden.

Eine Ventilfunktion für eigene, nicht an Staatsreformen gebundene Lebenswelten wird nicht nur die über die Grenzen her- und hinflutierende Präsenz dieser Hunderttausenden von Leuten bringen, sondern auch die vermutlich zunehmende Emigration, zeitweise oder für immer, der schweizerischen qualifizierten Weltbürger.

Es sind auch keine sozialrevolutionären Bewegungen zu erwarten, wie viele bürgerliche Politiker und Industrielle wegen der steigenden Arbeitslosigkeit denken. Sogar im rigiden Europa gelangen etwa die Hälfte aller Armen innert Jahresfrist immer wieder aus der Armut heraus, Armut ist kein Endzustand einer ganzen, eindeutig definierten Klasse, sondern eher eine Lebensphase vieler Haushalte und Leute.

Kurz, eine tragende Schicht, welche sich für neue Ziele und hinter anführenden Persönlichkeiten mobilisieren könnte, erkennt man heute nicht. Dass sich die vermutlich bereits eine Mehrheit der Haushalte ausmachende Zahl der Empfänger staatlicher Leistungen bei Wahlen und Abstimmungen jeweils für die bestehenden Umverteilungsströme einsetzen werden, ist normal, und wird die bestehenden Verschraubungen des Landes unterstützen.

Niemand zieht voran

Das dritte Element des Wandels, die führenden Schichten, Persönlichkeiten, Gruppen, sind kaum klarer erkennbar. Alle diese Schichten sind in sich tief gespalten, bezüglich Europas, des Bildes der Schweiz, der Umverteilungen; weltintegrierte Städte, rückwärtsgerichtete Land- und Bergvertreter. Auch die Parteien sind in diesen Fragen ausnahmslos gespalten. Alle schweizerischen Regierungsparteien stammen aus mindestens achtzig Jahre alten Problemen – Liberalismus, Ultramontanismus, Arbeiterfrage, Agrarfrage. Staatlicher Wandel aber muss von einer einigen, entschlossenen Gruppe angestossen werden.

In den Jahren vor 1848 mussten die führenden Eliten, die wirtschaftlichen und die kulturellen, die Schweiz retten, den Bundesstaat und Binnenmarkt einrichten, um zu florieren. Ihr Vermögen und ihr Glanz staken im Boden, im Territorium, als Gewerbler, Bauern, Landaristokratie, Industrielle, als Gelehrte.

Heute ist die Ausrichtung auf die Welt eine Überlebensbedingung für die Elite: Portfoliodiversifizierung, Eroberung der Märkte, Präsenz auf weltweiten Kultur- und Informationsmärkten. Sich in der Schweiz zu engagieren, bringt sie von dem Ziel weg.

Es ist auch etwas tragisch zu sehen, dass die vielen privaten "Schweiz-Rettungs-Organisationen" hochmögende Individuen versammeln, die meist aus der ehemaligen Führungsschicht des Industriezeitalters oder der ländlichen Aristokratie des 18. Jahrhunderts stammen, und stark mit den höhern Posten verbunden sind, welche der alte Territorialstaat Schweiz zu vergeben hat. Ausser diesen Kennzeichen aber haben sie meist ebensowenig Ideale gemein wie die Parteien oder andern Führungsgruppen des Landes.

So ziehen wir denn den Schluss, dass von den drei konstitutiven Elementen staatlichen Wandels in der Schweiz wenig vorhanden ist und dass es sich für den Einzelnen eher lohnt, die Hochflüge der Lebenswelt, des Berufs, der globalen Herausforderungen in Kultur, Technik und Wirtschaft zu pflegen, dies nicht gegen, nicht für die staatliche Organisation des Territoriums, sondern quer zu ihr.